Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive -Am Hammerwerk 16 - 41515 Grevenbroich

An die
Presse

41515 Grevenbroich
Am Hammerwerk 16
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

Sperrfrist 21.03.2018, 15.00 Uhr!
(Es gilt das gesprochene Wort)

Grevenbroich, den 21.03.2018

Haushaltsrede zum Kreishaushalt 2018

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

heute sollen wir den Haushaltsetat 2018 beschließen.

Zunächst möchte ich mich, wie jedes Jahr, bei Herrn Landrat Petrauschke und Herrn Kreiskämmerer Graul für die aktive Unterstützung anlässlich unserer Haushaltsberatung bedanken.

Die Fraktion UWG/Die Aktive hat über Jahre einen Doppelhaushalt gefordert, der in den letzten Jahren auch umgesetzt wurde. Diesmal verabschieden wir nur für das Jahr 2018 einen Haushalt. Diese Vorgehensweise können wir unterstützen, da wir von der neuen Landesregierung kurzfristig eine größere Unterstützung, insbesondere der Kreise und seiner Kommunen, erwarten und auch einfordern.

Der Haushalt für das Jahr 2018 ist, wie in den Vorjahren, schwierig zu gestalten.

-2-

Daher hat sich unsere Fraktion erneut bei den Haushaltsberatungen intensiv mit dem Haushaltsentwurf 2018 beschäftigt, und richtungsweisende Themen durch erfolgreiche Anträge unterstützt.

Bei meiner ersten Haushaltsrede im Jahr 2012 habe ich schon auf das Thema „Abschaffung der Kreisumlage“ hingewiesen. Der jährliche Streit um die Höhe der Kreisumlage endet leider nie!

Der Kreis kann sich zur Deckung des Haushaltes nur über die Kreisumlage refinanzieren.

Daher fordern wir nochmals die radikalste Lösung:

Abschaffung der Kreisumlage!

Es gilt die elementaren Konstruktionsfehler in der Finanzierung der Kreise zu beseitigen und damit auch auf Kreisebene die Aufgaben und Finanzierungsverantwortung zusammenzuführen.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Kreisumlage vollständig abgeschafft wird und als Ersatz für die verlorenen Mittel folgendes Modell denkbar ist:

Die Städte und Gemeinden werden verpflichtet, ihre Entlastungen aus der Abschaffung der Kreisumlage vollständig zur Reduzierung ihrer Realsteuerhebesätze zu nutzen, und zwar so, dass die drei Realsteuern (Grundsteuer A/B, Gewerbesteuer) zu ihrem jeweiligen

-3-

-3-

Aufkommen gleichgewichtig gesenkt werden.

Der Kreis gleicht seine Verluste aus der Abschaffung der Kreisumlage in einem von ihm bestimmten Umfang aus, indem er Zuschläge zu den Realsteuerhebesätzen seiner Städte und Gemeinden erhebt. Diese Zuschläge werden in Hebesätzen und für das gesamte Kreisgebiet einheitlich festgesetzt.

Neben dem erstmals direkten Zugriff auf die örtlichen Steuerzahler und dem daraus resultierenden Effekt der Selbstdisziplinierung bietet dieses Modell die Gewähr, dass sich der Kreis mit seinen Städten und Gemeinden nunmehr in einer Schicksalsgemeinschaft sieht, da er genauso elementar und unmittelbar von der örtlichen Wirtschafts- und Steuerentwicklung abhängig wird wie seine Kommunen.

Über dieses Modell sollte ernsthaft nachgedacht werden!

Da aber zum jetzigen Zeitpunkt diese Veränderung noch nicht ansteht, müssen wir uns mit den Begebenheiten beschäftigen.

Daher komme ich auf die Forderung einer größeren Unterstützung durch die neue **Landesregierung**, insbesondere für die Kreise und seiner Kommunen, zurück.

-4-

-4-

Wir sehen immer noch ein großes Problem bei dem kommunalen Finanzausgleich.

Beim Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 wäre es wünschenswert gewesen, den fortbestehenden Reformatonsbedarf durch die Erkenntnisse aus der Begutachtung im Frühsommer 2017 zu berücksichtigen. Das GFG 2018 ist also eine weitgehend unveränderte Fortschreibung der letzten Jahre!

Dadurch hat der kommunale Finanzausgleich das Ziel der interkommunalen Verteilungsgerechtigkeit verfehlt. Dies und weitere Umstände leisten eine Schiefelage innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs in NRW.

Begrüßenswert ist, dass die Einwohnerveredelung endlich wissenschaftlich überprüft werden soll.

Die Haushaltslage der Kommunen bleibt weiter besorgniserregend. Laut einer Umfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW unter seinen 359 Mitgliedskommunen sind nur 41 Mitgliedskommunen strukturell ausgeglichen.

Besonders im Bereich der Sozialausgaben benötigen die Kommunen eine angemessene Finanzausstattung. Auch muss über die Aufteilung der Gesamtschlüsselmasse nachgedacht werden. Eine Anhebung der Teilschlüsselmassen für die Kreise und die Landschaftsverbände wird auch den Städten sowie den Gemeinden zu Gute kommen.

-5-

-5-

Daher erwarten wir noch in diesem Jahr Lösungsansätze von Land und Bund!

Das ist ein Problem, das wir leider nicht lösen können! Aber trotzdem sind wir natürlich vor Ort, d.h. im schönen Rhein-Kreis Neuss nicht untätig.

Wie schon in der Einleitung gesagt, haben wir zu richtungsweisenden Themen erfolgreiche Anträge gestellt.

Interkommunale Zusammenarbeit

Der Rhein-Kreis Neuss ist mittlerweile bei dem Thema interkommunale Zusammenarbeit auf dem richtigen Weg. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, insbesondere innerhalb des Rhein-Kreises Neuss ist besonders wichtig. Die Kreisverwaltung und auch die Kommunen sollten alle Möglichkeiten noch intensiver ausloten, um sicherlich reichlich vorhandene Synergieeffekte zu nutzen. Damit ist nicht gemeint, dass der Kreis alle Aufgaben übernimmt, sondern auch Kommunen können Aufgaben für den Kreis oder andere Kommunen übernehmen.

Beispielhaft sei hier die Koordinierung von Schulungen, Beschaffungen und Instandhaltungen, Rechnungsprüfung und Bekämpfung der Schwarzarbeit genannt.

Denkbar wäre ebenfalls eine gemeinsame Verwaltung im Bereich der Stadt- und Kreiskassen.

Damit die Zusammenarbeit in der Kreisgemeinschaft noch mehr forciert wird, wird dieses Thema in einem

-6-

-6-

erweiterten Ältestenrat aufgrund eines Antrags unserer Fraktion intensiv behandelt. An dieser Stelle vielen Dank an die Verwaltung für den schriftlichen Bericht!

Sozialverbände

Der finanzielle Spielraum des Kreises und der Kommunen wird immer enger. Sozialverbände, die sehr gute und günstige Arbeit leisten, sollen auch weiterhin vom Rhein-Kreis Neuss unterstützt werden.

Bei knappen Kassen macht es wenig Sinn, dass verschiedene Verbände gleiche Kurse anbieten, die nur von wenigen Personen genutzt werden.

Bevor Zuschüsse nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sollte daher vorab die Kursauslastung geprüft werden. Wir freuen uns, dass unser erfolgreicher Antrag zur Erstellung messbarer Qualitätskennzahlen im Wohlfahrtsbereich durch die Verwaltung mit jährlicher Berichterstattung im nächsten Sozial- und Gesundheitsausschuss abschließend beraten wird.

Personal

Im Bereich der Verwaltung ist eine Neuorganisation bis 2020 erforderlich. Dazu sollen Synergien gebildet, die Altersstruktur, Teilzeitstellen und die Digitalisierung berücksichtigt werden. Außerdem ist die Bindung und Neugewinnung von Fachkräften sowie die Weiterbildung

-7-

-7-

des vorhandenen Personals, insbesondere beim Thema Digitalisierung, zu berücksichtigen. Daher wurde der dementsprechende Antrag unserer Fraktion wohlwollend von allen Fraktionen in den Personalausschuss zwecks Weiterverfolgung verwiesen.

Fachkräftemangel

Das Thema betrifft nicht nur die Verwaltung, sondern das ganze Kreisgebiet und die hier ansässigen Firmen. Da muss ein noch besseres Konzept insbesondere mit dem Jobcenter erarbeitet werden. Auch bei dem Thema Einkauf von Eingliederungsmaßnahmen sind wir mit dem Jobcenter noch nicht auf dem richtigen Weg!

Gerade im Bereich der Pflege können wir uns andere Wege vorstellen. Ich möchte den Ablauf in naher Zukunft persönlich vor Ort in einem Jobcenter begutachten.

Schule

Die Fraktion UWG/Die Aktive begrüßt das Programm „Gute Schule 2020“. Bis zum Jahr 2020 werden ca. 13 Mio. Euro in die Schulen des Rhein-Kreis Neuss für die Digitalisierung verwandt.

Es stellen sich aber auch einige Fragen: Wird das Lehrpersonal adäquat ausgebildet bzw. besteht im Lehrerkreis eine Akzeptanz der Digitalisierung?

-8-

-8-

Wir freuen uns, dass jetzt alle Förderschulen in der Trägerschaft des Kreises sind. Wir sind aber immer noch überzeugt, dass die Schließung einiger Schulen falsch war, da wir sicher in naher Zukunft wieder einen erhöhten Bedarf haben werden. Außerdem muss kritisch hinterfragt werden, ob es sinnvoll ist, Kinder quer durch den Rhein-Kreis Neuss zu transportieren.

Kreiskrankenhäuser

Ein besonders wichtiger Punkt für die Gesundheitsversorgung der Bürger im Rhein-Kreis Neuss. Es muss weiterhin eine gute Versorgung im gesamten Kreisgebiet sichergestellt werden. Die Kreiskrankenhäuser müssen daher weiterhin in kommunaler Trägerschaft bleiben.

Eine Privatisierung wäre die allerletzte Möglichkeit und wird daher zum jetzigen Zeitpunkt von der Kreistagsfraktion UWG / Die Aktive strikt abgelehnt. Wir begrüßen eine Spezialisierung in bestimmten Bereichen. Es muss nicht nur eine medizinische Grundversorgung gewährleistet sein, sondern eine Versorgung auf besonders hohem Niveau.

Nur dadurch wird eine sehr gute Versorgung der Bürger im Rhein-Kreis Neuss erreicht. Auch können mehr Patienten von außerhalb des Kreises gewonnen werden. Für eine zukunftsfähige Versorgung sollte die Fusion mit dem Lukaskrankenhaus weiterhin verfolgt werden.

-9-

Hebammenversorgung im Rhein-Kreis Neuss

Nach der Geburt haben Mutter und Kind Anspruch auf Hebammenhilfe zu Hause. Doch die Kapazitäten der Hebammen reichen nicht aus, um jede Familie zu betreuen.

Seit Jahren wird das Problem des Hebammenmangels immer größer. Die Versorgung mit Hebammenhilfe im Wochenbett ist inzwischen flächendeckend ein Problem, nicht nur in NRW, sondern bundesweit. Durch die ausreichende Verfügbarkeit von Hebammen wird eine medizinische Versorgung, außerhalb gravierender Fälle, im persönlichen Rahmen gewährleistet. Daher muss der Rhein-Kreis Neuss so attraktiv für Hebammen gestaltet werden, dass sie gerne bevorzugt hier ihren Beruf ausüben. Dazu könnten spezielle Weiterbildungslehrgänge zählen oder die Unterstützung bei der Suche nach geeignetem Wohnraum.

Die Wohnraumsuche wird auch schon in anderen Städten unterstützt. Daher sind wir erfreut, dass unser Antrag zur Konzeptentwicklung, wie Hebammen künftig für eine Tätigkeit im Rhein-Kreis Neuss gewonnen werden können positiv aufgenommen wurde und in naher Zukunft umgesetzt wird. Vielen Dank an CDU und FDP für die Unterstützung.

Schaffung und Ausbau von dauerhaften Kurzzeitpflegeplätzen

Im Rhein-Kreis Neuss besteht ein Defizit an dauerhaften Kurzzeitpflegeplätzen. Bei den derzeitigen Angeboten handelt es sich fast ausschließlich um eingestreute Plätze. Das heißt, Kurzzeitpflegeplätze stehen lediglich zur Verfügung, wenn reguläre Pflegeplätze nicht belegt sind.

Zum jetzigen Zeitpunkt stehen nur 10 solitäre Plätze im Rhein-Kreis Neuss zur Verfügung!

Vor dem Hintergrund der steigenden Auslastung in den Heimen ist abzusehen, dass ein Großteil der eingestreuten Kurzzeitpflegeplätze zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Um dieser Situation entgegenzuwirken, ist der Ausbau von dauerhaften Kurzzeitpflegeplätzen umzusetzen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Kosten für diese Plätze aufgrund der hohen Fluktuation sowie des damit verbundenen Risikos temporärer Leerstände tendenziell höher sind.

Trotzdem ist die Schaffung von weiteren dauerhaften Kurzzeitpflegeplätzen unter Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen unerlässlich. Daher begrüßen wir, dass unser Antrag für mehr Kurzzeitpflegeplätze bei der Umsetzung der Pflegededarfsplanung berücksichtigt und finanziell unterfüttert wurde.

-11-

Digitalisierung

Die Digitalisierung ist natürlich eines der wichtigsten Themen für die Zukunft. Im letzten Kreisausschuss war ich positiv überrascht, als der neue IT Dezernent Herr Vieten das Konzept für die Zukunft vorstellte. Es scheint so, dass wir ein Vorreiter auf kommunaler Ebene sind. Andere Kommunen möchten schon an unserem Wissen teilhaben und möchten daher die Apps, die der Kreis entwickelt hat, käuflich erwerben! Da sage ich nur vorbildlich und weiter so!

Kultur

Im Bereich Kultur muss gerade bei knapper Kassenlage die Frage gestellt werden, ob wir uns die jetzigen zahlreichen Angebote noch leisten können.

Dass das Kulturzentrum Sinsteden in Zukunft keinen Eintritt mehr verlangt, ist langfristig nicht die richtige Lösung. Wir hatten vor geraumer Zeit schon einmal beantragt, finanzielle Mittel für eine bessere Bewerbung des Museums bereitzustellen. Dies wurde leider abgelehnt, aber in unseren Augen wäre es immer noch die bessere Lösung. Sonst muss die Frage erlaubt sein, ob das Projekt noch lebensfähig ist.

Das Thema Musikschulen im Rhein-Kreis Neuss ist ein Dauerbrenner und wird aufgrund unserer Anträge im nächsten Kulturausschuss weiterverfolgt und darüber berichtet.

-12-

-12-

Metropolregion

Für die UWG/Die Aktive ist in erster Linie das wichtigste Ziel, das die Metropolregion Rheinland schnellstens ihre Geschäfte aufnimmt. Bis jetzt sind wir leider mit dem Geleisteten innerhalb des ersten Jahres nicht zufrieden. Es muss mehr kommen als die Einstellung eines Geschäftsführers und das Entwerfen eines Logos! In unseren Augen ist das ganze Gebilde aufgebläht! Wir müssen schnellstens handeln und insbesondere EU-Fördermittel für unsere Region regenerieren.

Wiederanstieg Grundwasser

Der Wiederanstieg des Grundwassers ist nur eine Frage der Zeit. Neben Korschenbroich und Kaarst werden auch weitere Gemeinden und Städte des Kreisgebietes vom Wiederanstieg betroffen. Jüchen und Grevenbroich beschäftigen sich bereits mit der Problematik.

So wurden in Jüchen nun Hinweise auf den Grundwasserwiederanstieg in die Bauleitplanung aufgenommen. Das ist weitsichtig!

Für Korschenbroich wurden bis 2021 bereits vertragliche Maßnahmen zur „Kappung der Grundwasserspitzen“ in einigen betroffenen Bereichen getroffen.

Deren Fortsetzung sowie die Erweiterung von Maßnahmen für weitere betroffene Gebiete – nach neuen Erkenntnissen des Wasserwirtschaftsverbandes – müssen

-13-

-13-

folgen, um den bestehenden Lebens- und Infrastruktur-
aber auch Wirtschaftsraum zu erhalten.

Die Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive fordert daher
weiter:

- Die Erarbeitung eines kreisweiten Konzeptes gegen
den Wiederanstieg des Grundwassers
- Die Finanzierung zur Fortführung der
Grundwassermaßnahmen in Korschenbroich über das
Jahr 2021 hinaus

Um die noch offenen und nicht gelösten Probleme zu
lösen, wurde im Finanzausschuss bestätigt, die
Rückstellungen in Höhe von über 600.000€ endlich dafür
einzusetzen. Dafür nochmals vielen Dank!

Konverter

Für uns steht im Vordergrund die dezentrale
Energieversorgung. Daher stellt sich für uns eigentlich
nicht die Frage, ob wir einen Konverter benötigen.

Wir sagen ganz klar NEIN!

Für den Fall, dass dieser gebaut werden sollte, muss nicht
ein Standort im Rhein-Kreis Neuss gesucht werden,
sondern der BESTE in der Region! Außerdem gibt es
immer noch viele offene Fragen, die bis heute nicht
beantwortet wurden.

-14-

-14-

Wir fordern nochmals eine Erdverkabelung in dicht besiedelten Gebieten, insbesondere in Kaarst und Reuschenberg! Gesetzlich ist vorgeschrieben, dass alle neuen Trassen bei einem bestimmten Mindestabstand zur Wohnbebauung als Erdkabel zu verlegen sind, aber vorhandene Trassen unabhängig vom Abstand zur Wohnbebauung nicht als Erdkabel verlegt werden müssen! Da stellt sich uns die Frage, warum gibt es dieses Gesetz für neue Trassen, aber nicht für die vorhandenen. Wir sind in der Pflicht und müssen alles tun, um die Bürger zu schützen.

Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft

Dies ist eines der wichtigsten Themen der Zukunft im Rhein-Kreis Neuss. Um den sozialen Frieden im Rhein-Kreis Neuss zu gewährleisten ist es zwingend erforderlich genügend Wohnraum bereitzustellen. Die Wohnungsbedarfsanalyse für den Rhein-Kreis Neuss hat nochmals aufgezeigt, dass bis zum Jahr 2030 ein erheblicher Bedarf an Wohnraum besteht. Insgesamt wird gem. dem Gutachten ein Bedarf von 21.173 Wohneinheiten vorausgesagt. Gut die Hälfte davon wird alleine in der Stadt Neuss benötigt. Die jetzigen Wohnungsbaugesellschaften können den Bedarf nicht decken. Daher ist es zwingend erforderlich mehr Wohnraum zu schaffen. Die Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive ist erfreut, dass unser Antrag, ein Konzept zur Gründung einer Kreiswohnungsbaugesellschaft oder einer

-15-

-15-

Beteiligung an einer bestehenden Wohnungsbaugesellschaft zu erarbeiten, positiv beschieden wurde. Die Ergebnisse werden mit Spannung erwartet. Auch soll die Möglichkeit einer Beteiligung der Kommunen des Rhein-Kreis Neuss sowie weiterer kommunalnaher Akteure geprüft werden. Eine intensive Zusammenarbeit ist dabei unerlässlich. Nur so können wir dem Bedarf an Wohnraum gerechter werden.

Die Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive spricht sich ausdrücklich gegen den Ankauf von Belegungsrechten aus. Dieses Modell ist, z. B. schon in Düsseldorf, gescheitert und das gleiche Schicksal wird wohl auch in Neuss folgen.

Es ist ein richtiges Zeichen, für die zeitnahe Umsetzung zusätzlich € 100.000 bereitzustellen, denn die Wohnungsnot wird immer größer.

Wir können nur sagen, wir sind zwar eine kleine Fraktion, aber bei den Themen für die Zukunft des Kreises ganz vorne dabei!

In letzter Zeit ist leider vielfach festzustellen, dass gerade eine größere Fraktion, die keine Themen setzen konnte,

ihren Frust an den Mitgliedern unserer Fraktion abarbeitet! Dieses Verhalten finde ich einfach beschämend und dieses Niveau hatte ich bislang im Kreistag und seinen Ausschüssen nicht gekannt! Ich möchte hiermit nochmals

-16-

-16-

zum Ausdruck bringen, dass unsere Fraktion für die verfehlte Politik anderer Parteien/Fraktionen nicht verantwortlich ist und bitte daher dieses Frustverhalten intern aufzuarbeiten!

Jetzt wieder zurück zum Haushalt!

Wir alle haben es geschafft, dass die Kreisumlage auf 39% sinken wird. Falls der Landschaftsverband die Umlage wie vorgesehen senken wird, ist sogar eine Kreisumlage von 37,5% denkbar! Mit den 39% sind wir damit fast bei der Forderung der Kommunen angelangt!

Sehr geehrter Herr Landrat,

aufgrund der sehr guten Zahlen besonders im Bereich der Kreisumlage und dem Mut Neues auszuprobieren, wobei unsere Fraktion durch die erfolgreichen Anträge einiges beigetragen hat, sehen wir sehr viel Positives in diesem Haushalt!

Der Rhein-Kreis Neuss löst die Probleme im Rahmen seiner Möglichkeiten selbst! Darauf können wir stolz sein! Wir sind der Meinung dieses Verhalten muss belohnt werden. Daher stimmen wir dem Haushalt zu.

-Carsten Thiel-
(Fraktionsvorsitzender)